**Beschluss**
**der Stadtverordnetenversammlung**

20. Juli 2015


**Abschlussbericht des Verkehrsentwicklungsplans Stadt Kassel 2030 (VEP)**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1751 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Abschlussbericht des Verkehrsentwicklungsplans Stadt Kassel 2030 wird zugestimmt. Mit dem Beschluss durch die städtischen Gremien erhält der Verkehrsentwicklungsplan den Status eines Umsetzungsauftrages an die Verwaltung.

Der Abschlussbericht des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) legt die Umsetzungsstrategien für die Gestaltung der zukünftigen Verkehrsentwicklung in Kassel mit einem Prognosehorizont bis 2030 fest. Der VEP dient den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung als Handlungsrahmen und Umsetzungsvorgabe und bildet ein Gerüst für die zukünftige Verkehrspolitik in Kassel. Darin werden sowohl die verschiedenen Verkehrsmittel wie Fuß und Rad, öffentlicher Personennahverkehr, motorisierter Individualverkehr und Wirtschaftsverkehr als auch mögliche Verkehrszwecke wie Arbeiten, Einkaufen, Freizeit etc. betrachtet.

Der VEP koordiniert die zukünftigen Aufgaben und gibt Einschätzungen zur Prioritätensetzung und Dringlichkeit von Teil- und Einzelmaßnahmen entsprechend den von der Stadtverordnetenversammlung am 9. Dezember 2013 beschlossenen Zielvorgaben. Die Umsetzung erfolgt durch eine Übernahme der Ergebnisse in andere Planungen wie z. B. in die Bauleitplanung oder durch Einzelmaßnahmen, Projekte und Konzepte.

Der Verkehrsentwicklungsplan soll nicht als abgeschlossenes Werk betrachtet werden, sondern kontinuierlich überprüft sowie an die jeweils bestehenden Erfordernisse angepasst und als Prozess in der Verwaltung installiert werden. Bisher nicht im VEP enthaltene und zurzeit nicht vorhersehbare Maßnahmen sind entsprechend den Maßgaben und Zielen des VEP zu entwickeln und umzusetzen. Zur Überprüfung der erreichten Ziele wird regelmäßig – analog zum Erhebungszeitraum der System repräsenativen Verkehrsbefragungen (SrV) – eine Evaluation durchgeführt.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Enthaltung: Kasseler Linke
den

**Beschluss**

Dem Antrag des Magistrats betr. Abschlussbericht des Verkehrsentwicklungsplans Stadt Kassel 2030 (VEP), 101.17.1751, wird **zugestimmt.**

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Beschluss wird um die folgenden zu ergänzenden Punkte im Abschlussbericht des Verkehrsentwicklungsplans erweitert:

1. Das Radroutennetz erhält eine klare Gliederung in ein Haupt- und Nebenroutennetz. Kriterien und Ausstattungsqualität für die verschiedenen Ebenen des Radroutennetzes werden benannt.
   Im Abschnitt B1 Erweiterung eines Haupt- und Nebenroutennetzes

2. Die Tram Verlängerung nach Kassel-Waldau ist nur in Verbindung mit dem Neubau eines Tramstreckenabschnittes nach Lohfelden sinnvoll.
   Herabstufung der Priorität auf 3.

   Die Tram Verlängerung nach Kassel-Harleshausen erhält die höchste Priorität, als einziger Korridor der Verkehrsbedeutung der Stufe 1 ohne Tramversorgung.

   Die Tram Verlängerung der Linie 1 zum Schloss Wilhelmshöhe wird als kostengünstige Variante aufgenommen, um die fehlenden Transportkapazitäten zum Schlossplateau zu schaffen und dem Autochaos entgegenzuwirken.

   Benennung konkret umzusetzender Tramverlängerungen nach Ihringshausen, Lohfelden und Sandershausen zur Verbindung der Region und der Stadt Kassel.
   Im Abschnitt C2 Ausbau des Tramnetzes

3. Streichen der Maßnahme Linksabbiegerausbau an der Druseltalstraße zwischen Eugen-Richter- und Bertha-von- Suttner-Straße. Weitere

Leistungssteigerungen von Kreuzungen zugunsten des MIV stehen den Umweltzielen des VEP entgegen.
Im Abschnitt D4.6 Umgestaltung Druseltalstraße zw. Eugen-Richter- und Bertha-von- Suttner-Straße

4. Streichen der Ausweitung der Parkplatzkapazitäten im Vorderer Westen - durch Quartiersgaragen und Öffnung von privaten Stellflächen, die der Reduzierung des Kfz-Verkehrs entgegenwirken und den vom VEP beabsichtigte
höheren Anteilen der Verkehrsarten des Umweltverbunds am Gesamtverkehr behindert.
Aufnahme der Anpassung der Stellplatzsatzung mit dem Ziel der Ausweisung von Bereichen, in denen neue Parkplätze als unverträglich ausgeschlossen werden. Reduzierung der zu bauenden Stellplätze in den anderen Bereichen.
Einsatz der Ablöse der nachzuweisenden Stellplätze für Maßnahmen im Bereich des Fuß- und
Radverkehrs.
Im Abschnitt D7 Parkraumplanung

5. Aufnahme der Maßnahme Ausweisungsregelung von festen Carsharing-Parkplätzen im öffentlichen Straßenraum.

   Aufnahme der Maßnahme Rückbau von Parkplätze im öffentlichen Straßenraum, damit einhergehend die Entsiegelung und Begrünung, in dicht bebauten innerstädtischen Bereichen und Gründerzeitquartieren.
   Im Abschnitt D9 Parkregelungen in den Stadtteilzentren

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: --
den

**Beschluss**

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Abschlussbericht des Verkehrsentwicklungsplans Stadt Kassel 2030 (VEP), 101.17.1751, wird **abgelehnt.**

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin